Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark), durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 [illegible] ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: täglich nachmittags von 3—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 18 153 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 25 Goldpfennige für die [illegible], 60 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den [illegible] Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Montag, 15. Juni 1925 — Nummer 52

Heraus mit den proletarischen Gefangenen!

Arbeiter! Wählt Amnestiedelegationen!

Die amtlichen Stellen schweigen noch immer über den Inhalt der angekündigten Amnestievorlage. Ihre Schweigsamkeit ist beredter wie hundert Veröffentlichungen. Gerüchte, sehr präzisierte sogar, gehen aber um. Sie besagen, daß die wochenlangen Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Reich, zwischen Luther-Frenken und Held-Stützel-Braun abgeschlossen sind und daß nun die Reichsamnestievorlage entspricht den Wünschen Bayerns.

Die Straftaten, die nach dem 1. Oktober 1923 begangen wurden, werden nicht amnestiert!

Zuchthausstrafen fallen nicht unter die Amnestie!

Die Amnestie erstreckt sich nur auf die von Reichsgerichten Verurteilten!

Wer wird also amnestiert?

Einige Arbeiter, alle Faschisten kommen frei!

Es wird nicht amnestiert Max Hölz, denn er ist ein Zuchthäusler!

Die Rathenaumörder werden freigelassen, und die Erzbergermörder kommen aus Ungarn, oder der Türkei (oder Bayern) zurück.

Herr von Luttwitz, der Kapp-Putschist, betrachtet offiziell mit seinem Steckbrief als Legitimationspapier und der Oberleutnant Roßbach läßt erklären, daß er sich jetzt „freiwillig" stellen will.

Es werden nicht amnestiert die Arbeiter, die von den Ausnahmegerichten des Herrn Ebert nach den **Märzkämpfen 1921** verurteilt wurden, denn auch sie sind zum größten Teil „Zuchthäusler", „ehrlose Verbrecher".

Die **Hamburger Oktoberkämpfer** bleiben in der Bastille, denn ihre „Straftaten", nach dem 1. Oktober 1923 begangen, fallen nicht unter die Amnestie!

Alle die **proletarischen Kämpfer des Oktober 1923**, vom Staatsgerichtshof der Republik nach „Recht und Gesetz" „rechtmäßig", „im Namen des Volkes" verurteilt, **bleiben weiter Gefangene!**

Ist das eine Amnestie?

Das ist ein Amnestiebetrug!

Das ist eine „Amnestie", die für die Hindenburg-Republik paßt: die Faschisten dürfen frei herumspazieren, die Arbeiter weiter die Segnungen des republikanischen Strafvollzugs auskosten.

Der Held siegt über Luther, d. h. sie vereinen sich offen **als ein Herz und eine Seele.**

Die Held-Amnestie ist eine Enttäuschung für diejenigen, die da glaubten, **ohne Massendruck** würde die Bourgeoisie ihre Gegner amnestieren. Sie ist zugleich eine Lehre, den Druck zu verstärken, daß der Amnestiebetrug verschwindet und die Vollamnestie erkämpft wird.

Dazu ist notwendig, daß der Luther-Regierung der Amnestiewillen der breiten Massen anschaulich gemacht wird. Die **Frauen der politischen Gefangenen** haben bereits durch eine große Delegation starken politischen Eindruck erzielt.

Der Amnestiekampf muß in diesen Wochen zu einer breiten Massenbewegung anschwellen.

Noch einmal müssen in den Gewerkschaften und Betrieben alle Kräfte mobil gemacht werden. Unermüdlich gilt es durch Resolutionen und Anträge den Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen.

Protestiert in den Gewerkschaften und Betrieben gegen den Amnestiebetrug!

Schickt Amnestiedelegationen in den Reichstag und zur Reichsregierung!

Nieder mit dem Amnestiebetrug!

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Der Sicherheitspakt ein Bündnis gegen Rußland

Sowjetrussische Warnungen.

WTB. **Paris**, 13. Juni. „Matin" glaubt in der Lage zu sein, den Inhalt der von der französischen Regierung an die Reichsregierung zu richtenden **Note**, verglichen mit den deutschen Vorschlägen, wie folgt charakterisieren zu können: **1. Garantiepakt zwischen den am Rhein interessierten Mächten. Dieser Gedanke wird restlos in der französischen Note angenommen.** 2. **Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Dieser Vorschlag wird angenommen und vervollständigt durch den Vorschlag des Abschlusses eines deutsch-belgischen Schiedsgerichtsvertrags.** 3. **Schiedsgerichtsvertrag mit verschiedenen Staaten. Frankreich erklärt, daß Verträge dieser Art mit Polen und der Tschechoslowakei unerläßlich sind.** Es wünscht hier als **Garant aufzutreten und betrachtet dies als die Vorbedingung selbst für den Abschluß eines Sicherheitspaktes am Rhein. 4. Deutschland hat verlangt, daß die Vereinigten Staaten Schiedsrichter und Garanten dieser Pakte seien.** Frankreich weiß, daß diese Einmischung in die europäischen Angelegenheiten der amerikanischen Politik **zuwiderläuft.** — „Matin" fügt dieser Inhaltsangabe noch hinzu, daß Frankreich das Recht erhalten werde, die **entmilitarisierte Zone** bei einer Verletzung des zwischen Deutschland und Polen abzuschließenden Schiedsgerichtsvertrags zu überschreiten.

OE. **Moskau**, 12. Juni. Die „Iswestija" warnen an leitender Stelle Deutschland nachdrücklich vor einer Fortsetzung seiner jetzigen Politik. Durch den Vorschlag seines Garantiepaktes habe sich Deutschland vom französischen Druck befreien **und den Zutritt** zum Völkerbunde erwirken wollen; **doch werde es im Völkerbunde dem englischen Einfluß** verfallen. Nach den letzten Noten sei es außerdem klar, daß England-Frankreich gegen Deutschland stets unterstützen und auch die Hoffnung **auf Räumung der Kölner Zone sich nicht erfüllen werde.** Ebenso gegenstandslos seien die **deutschen Hoffnungen, daß man es Deutschland gestatten werde, dem Völkerbund beizutreten, ohne sich den Artikeln 10, 16 und 17 über die Beteiligung an Exekutionen gegen andere Staaten zu unterwerfen.** Diese Artikel **seien auf den Sowjetbund zugespitzt** und würden Deutschland zum **Waffenplatz** für Angriffe gegen Sowjetrußland machen.

Indem Deutschland sich auf den Westen und auf den Völkerbund orientiere, setze **es England** wiederum seine Beziehungen zu dem Sowjetbunde **aufs Spiel. Wenn Deutschland** trotz der russischen Warnungen diesen Schritt dennoch unternehme, werde der Sowjetbund seine Interessen **auf anderen Wegen schützen müssen,** die an der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland **vorbeiführen.**

Es ist sehr, sehr bezeichnend, wie die Reichsregierung auf diese sowjetrussische Warnung reagiert. Die von Stresemann beeinflußte „Diplomatische Korrespondenz" nennt diese Warnungen „versuchte Quertreibereien". Daraus ist zu ersehen, wie weit bereits die Hindenburg-Regierung in die Netze des englischen Imperialismus geraten ist, wie weit sie schon auf dem Wege ist, Deutschland als Aufmarschgebiet und Kanonenfutterlieferanten in die sowjetfeindliche Front einzugliedern. **Mit aller Kraft müssen demgegenüber die Volksschichten Deutschlands, die die Unabhängigkeit des Reiches wahren, einen Krieg verhindern und den Kampf gegen Versailles fördern wollen, die Forderung der Annäherung an die Sowjetunion vertreten!**

Morgen wird die Note Briands der deutschen Regierung übergeben und dann veröffentlicht werden. Man wird dann aber auch nicht mehr wie allgemeine Redensarten erfahren. Ueber den wirklichen Stand der Verhandlungen und Abmachungen zwischen England und Frankreich wird man nichts zu wissen bekommen.

Die **Pläne Englands gegen Rußland werden** gefördert werden. **Frankreich bekommt auf Kosten Deutschlands Konzessionen.**

„Volksgemeinschaft" in Preußen

Regierung von Deutschnationalen und Sozialdemokraten.

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) **Die deutschnationale Landtagsfraktion Preußens hält heute eine Besprechung über die Regierungsumbildung ab. Die Debatte geht um das Ministerium der Volksgemeinschaft, bestehend aus zwei Zentrums-, einem demokratischen, zwei sozialdemokratischen, einem Volksparteiler und zwei deutschnationalen Ministern.**

Neue Militärgerichte

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Vom Reichswehrministerium sind dem Rechtsausschuß des Reichstages **zwei Gesetzentwürfe** zugegangen, die angeblich zur **Aufrechterhaltung** der Mannszucht und Entlastung der ordentlichen Gerichte dienen sollen und durchaus reaktionär wirken, da sie eine ganze Anzahl von kriminellen Fällen dem Wirkungskreis der ordentlichen Gerichte entziehen und der Militärjustiz unterstellen. Durch die zweite Vorlage, Entwurf eines Gesetzes über militärische Gerichte, wird die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten aus dem Jahre 1918 aufgehoben und der Einfluß der Offiziere auf die militärischen Gerichte wesentlich gestärkt.

Achtung! Warnung! Achtung!

Ernst Ottmann, Eisenach, ist aus dem RFB. ausgeschlossen wegen unproletarischen Verhaltens. Wir warnen vor ihm.

Außerdem ist aus dem Bund ausgeschlossen Tamm, Breslau, der sich Diebstähle bei Kameraden hat zuschulden kommen lassen.

Bundesleitung des RFB.

Die „Volksblöckler" zur Steuerfrage

Von Th. Neubauer.

Steuererleichterungen für die Kapitalisten.

Es sind knapp 8 Wochen her, daß die Herren **Sozialdemokraten, unterstützt durch die gesamte ADGB.-Bureaukratie**, den deutschen Arbeitermassen vorerzählten: es gäbe so etwas wie einen schwarz-rot-gold-republikanischen „Volksblock", der allein **den Kampf gegen den schwarz-weiß-rot-monarchistischen Rechtsblock führen könne und wolle.** Seit dem 26. April wartet die deutsche Arbeiterschaft **mit** größtem Interesse darauf, wann nun eigentlich dieser **Kampf beginnen soll und wie er wohl aussehen wird. Und wartet vergebens!**

Schon stellen sich die schwarz-rot-goldenen Wähler die berechtigte Frage: Wie steht's denn mit dem „Volksblock" und seinem Kampfe? — Lebt er noch, der „Volksblock"? — Ist er eines sanften Todes gestorben? — **Oder hat er vielleicht gar niemals gelebt und war das Wort „Volksblock" nur eine Fiktion, eine leere Phrase, eine taube Nuß, ein Pappschwert, ein „frommer Betrug"?**

Die Monarchisten, die Junker und Schwerindustriellen, gegen die der „Volksblock" **den Kampf führen sollte, leben** noch, und zwar sehr aktiv. Sie sind dabei, **die werktätigen Massen durch Zölle und Steuern ungeheuerlich zu belasten.** Warum führt denn aber der „Volksblock" **nicht den Kampf** gegen diesen Steuerraub und Zollwucher der Luther-Schlieben-Kanitz? **Ja, warum?**

Bei der Beratung der **Steuergesetze im Reichstag und** seinem Steuerausschuß hat **die Regierung ihren unsozialen,** proletarierfeindlichen, reaktionären Charakter **aufs offenste** enthüllt. Sie will nicht eine Besteuerung der **Milliardengewinne** der großen Inflationsräuber, **die sich auf Kosten der Massen des Proletariats und auch der Mittelschichten aufs schamloseste bereichert haben. Die Regierung hat die Kapitalertragsteuer und die Nebenbesteuerung der ausgeschütteten Gewinne der Aktiengesellschaften fallen lassen;** sie hat für die Besteuerung der Spekulationsgewinne eine Formel geschaffen, die praktisch volle Steuerfreiheit für diese **Spekulationsgewinne herstellt. Darüber hinaus läuft die ganze Arbeit der bürgerlichen Parteien im Steuerausschuß darauf hinaus, die auf die Kapitalisten fallenden** Steuern systematisch soweit **wie möglich auszuhöhlen.** — Wie verhielten sich nun die „Volksblöckler" **zu dieser Steuer- und** Finanzpolitik der Schlieben-Luther-Regierung **und** ihrer Parteien?

Das **Zentrum** hat all den eben erwähnten **Maßnahmen** der Regierung seinen Segen erteilt. **Seine Klöckner, Otto Wolff und Thyssen sind befriedigt. Sie haben ja wahrlich kein Interesse daran, sich selbst zu besteuern.** Die **Demokraten** lassen ihre Steuerpolitik **von einem 40fachen Aufsichtsrat, Herrn Dr. Fischer, machen. Dieser „schwarz-rot-goldene" Bundesfreund der Sozialdemokraten ist der Vorreiter großkapitalistischer Interessen; er operiert in engster Fühlung mit Volksparteilern und Deutschnationalen und leitet meist die Vorstöße zur weiteren Aushöhlung der Besitzsteuern höchstpersönlich ein. Er forderte,** daß alle Verluste der **Kapitalisten** infolge **persönlicher oder wirtschaftlicher Schädigung vom steuerpflichtigen** Einkommen abgezogen werden könnten; er **beantragte, daß** die zu Rücklagen verwandten Gewinne der **Gesellschaften** steuerfrei wären; **er wollte, daß der „arme Unternehmer" für die Einziehung des Lohnabzugs eine Entschädigung in Höhe von 1 Prozent erhalten sollte.** Die Zahl seiner **Anträge** in dieser Richtung ist sehr groß. — **In dieser Gesellschaft der Steuerdrückeberger befindet sich die SPD.; wo sie sich gegen diese Bundesgenossen ausspricht, wird sie von den schwarz-weiß-roten-schwarz-rot-goldenen Kapitalsvertretern niedergestimmt.**

Aber Zentrum und Demokraten stehen auch dort hinter der Luther-Schlieben-Regierung, wo diese den frechsten **Raubzug gegen das Proletariat** durchführt. Die Regierung, die — **wie oben gezeigt** — den **Kapitalisten** überall **ihre** Steuern erleichtert, **hat erklärt, daß die Lohnsteuer mindestens 1200 Millionen Mark einbringen müsse! Die Regierung** hat eine **Senkung der Umsatzsteuer davon abhängig** gemacht, was nach Erledigung aller anderen Steuergesetze an Einnahmen herauskommen würde, so daß die Umsatzsteuer den **Fortfall an Einnahmen aus der durchlöcherten** Besitzsteuer ersetzen soll. Das bedeutet **praktisch: keine** Senkung der Umsatzsteuer!

Aber die schwarz-rot-goldenen **Bundesbrüder der** SPD., Demokraten wie Zentrum, **stellen sich auch hier hinter die proletarierfeindliche Politik der Regierung. Das** steuerfreie Existenzminimum soll 80 Mark im Monat betragen, **einschließlich der Werbungskosten und Sonderleistungen; das ist etwa 45 Prozent des steuerfreien Existenzminimums der Vorkriegszeit! Die SPD. beantragte 100 Mark steuerfrei. Ihre eigenen „Volksblock"-Genossen,** sowohl der Zentrumsmann Dr. Brüning (**Sekretär der** christlichen Gewerkschaften), **wie der Demokrat Fischer, bekämpften diesen Antrag der SPD., so ungenügend er auch** war.

Zentrum und Demokraten machen die proletarierfeindliche **Steuerpolitik der Luther-Schlieben-Schiele mit: wie** sie auch die Zollvorlagen mitmachen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.